

Antrag auf Gendern in Protokollen und im Gericht

Hiermit beantrage ich, dass im Gerichtssaal und dann später auch im Protokoll gendert wird (z.B. Staatsanwält_innen).

Begründung:

In der bisherigen Sprache des Gerichts wird eine rein männliche Sprache benutzt d.h. es wird die maskuline Form von Gruppen benutzt.

Der Ursprung liegt darin begründet, dass Menschen in unserer Gesellschaft nach Geschlechtern eingeteilt werden. Oft wird dies nicht einmal hinterfragt. Geschlechter sind jedoch nur Konstrukte, die Menschen soziale Fähigkeiten zuzuordnen. Damit geht auch immer ein Urteil und eine Aufgabenzuteilung einher - ohne dabei den konkreten Menschen im Blick zu haben.

Die noch heute gebräuchliche vorwiegend verwendete männliche Form stammt aus der hochpatriachalen Zeit, in der es üblich war, dass am gesellschaftlichen Leben und insbesondere an Rechtsgeschäften nur männlich definierte Personen teilnahmen. Somit werden unbewusst patriarchale Wertvorstellungen und damit einhergehende Machtstrukturen weitergetragen. Bei Bezeichnungen wie Staatsanwälte werden darunter auch Menschen gefasst, die sich nicht als männlich definieren. Diese Art von Sprache macht Frauen und Menschen, die sich keinem Geschlecht zuordnen wollen, unsichtbar.

Das Patriarchat, die männlichen Herrschaftsform, ist trotz der Kämpfe des letzten Jahrhunderts immer noch in unserer Gesellschaft vorherrschend. Nach diesem Idealbild übernimmt der Mann die Rolle als Oberhaupt und Anführer von Gruppen. Frauen und andere nicht den männlichen Geschlecht zugeordnete Menschen sind dem unterstellt, weshalb sie seltener bei entscheidenden Fragestellungen mit einbezogen und außen vorgelassen werden. Beispielhaft für solches Verhalten sind etwa das Redeverhalten von Männern und Frauen bei Diskussionen, bei den Männern aufgrund ihrer oftmals kräftigen und tieferen Stimme und ihrer sozialen Stellung eher aufmerksam zugehört wird als Frauen. Es entsteht ein (oft unbewusster, diskursiv wirkender) Zwang, der Menschen beeinflusst, sich den gesellschaftlichen Normen anzupassen, ohne sich zu fragen wer sie eigentlich sein wollen. Dabei nehmen Gerichte mit ihrem innestehenden Gewaltmonopol eine einflussreiche Stellung ein. So wurde etwa eine gleichgeschlechtliche Beziehung zwischen Männern bis 1994 noch mit Strafe belegt. Damit stehen viele Menschen in den Einflussphären der Gerichte – sowohl im Hinblick auf soziale Zwänge als auch durch staatliche Gewalt gegen ein selbstbestimmteres Leben.

Um das zu beachten, plädiere ich für die Einführung einer gendergerechten Gerichtssprache. Ansonsten würde gegen eine Gleichstellung verstoßen und die angesprochenen Problematiken negiert.

Ich beantrage zum Antrag einen Gerichtsbeschluss.